



Ihr gutes Recht

Rechtsanwälte und Kanzleien stellen sich vor

Zur steuerlichen Haftung eines Helfers bei der Steuerhinterziehung

In der jüngeren Vergangenheit sorgten Fälle von zum Teil sehr prominenten Steuerhinterziehern für Aufmerksamkeit.

Eine Vielzahl der Steuerhinterzieher hatte sich bei der Tatbegehung der Dienste von Bankinstituten bedient. Einige Bankinstitute mit Tochtergesellschaften in Steueroasen hielten ausgeklügelte Mechanismen bereit, um einen möglichst anonymen Transfer von Kapital und Wertpapieren ins Ausland zu gewährleisten.

Die sich hieran anschließende Frage ist die, ob und unter welchen Voraussetzungen der verantwortliche Mitarbeiter einer Bank für hinterzogene Steuern haften muss. Die vorgenannte Frage war unlängst Gegenstand einer Entscheidung des Bundesfinanzhofes (Urteil vom 15.01.2013 – VIII R 22).

Gemäß § 71 AO haftet derjenige, der an einer Steuerhinterziehung oder Steuerhehlerei teilnimmt für die verkürzten Steuern und zu Unrecht die Steuervorteile sowie für die Zinsen.

Im zu Grunde liegenden Fall nahm das Finanzamt den Leiter der Wertpapieradministration einer großen deutschen Bank mit Tochtergesellschaften im Ausland durch Haftungsbescheid wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung in Anspruch.

Der in Anspruch genommene Bankmitarbeiter veranlasste unter anderem zwei bankinterne Anweisungen, die darauf abzielten, den anonymen Transfer von Wertpapieren zu den Auslands-töchtern zu ermöglichen. Dies wurde flankiert mit einer Regelung, wonach eingelieferter Werte auch ohne entsprechende Legitimationsprüfung der Kundenangaben (z. B. Kennwort

oder Kundennummer) angenommen wurden.

Nach dem Ergebnis der Ermittlungen der Finanzbehore war es so, dass eine Vielzahl von deutschen Steuerpflichtigen diese Möglichkeiten genutzt hatten um Kapital und Wertpapiere anonym über die Grenze zu den Tochtergesellschaften zu transferieren. Anstelle personenbezogener Daten wurden lediglich Referenznummern, Kundennummern, Depotnummern oder ähnliches auf den Transferbelegen vermerkt. Trotz der Anonymisierung gelang es der Finanzverwaltung etwa 75 % der Vorgänge einzelnen Kunden zuzuordnen.

Weiterhin stellte die Finanzverwaltung fest, dass nahezu kein nachträglich enttarnter Kunde die Erträge im Rahmen seiner Einkommensteuererklärung angegeben hatte. Hinsichtlich der nicht enttarnten Steuerpflichtigen nahm die Finanzverwaltung den verantwortlichen Bankmitarbeiter persönlich gemäß § 71 AO in Haftung. Die Haftungssumme wurde auf der Grundlage der Ermittlungsergebnisse der enttarnten Steuerhinterzieher ermittelt.

Gegen den Haftungsbescheid legte der betroffene Bankmitarbeiter erfolglos Einspruch ein. Die hiergegen gerichtete Klage des in Haftung genommen hatte Erfolg. Die dagegen eingelegte Revision des Finanzamtes wurde zurückgewiesen.

Der Bundesfinanzhof bestätigte die Auffassung des Finanzgerichts, dass der in Anspruch Genommene für die mögliche - aber nicht mit hinreichender Sicherheit feststellbare Steuerhinterziehung von anonymen Dritten nicht haftet.

Denn unter Berücksichtigung der strafrechtlichen Vorgaben setzt die Haftung als Gehilfe einer Steuerhinterziehung voraus, dass der Steuerschuldner die Tatbestandsmerkmale der Steuerhinterziehung (§ 370 AO) verwirklicht hat und der Anspruch aus dem Steuerschuldverhältnis noch existiert. Daran fehlte es vorliegend.

Dabei hatte das Finanzgericht auf Basis seiner freien und aus dem Gesamtergebnis des Verfahrens gewonnenen Überzeugung zu entscheiden, ob für den Erlass eines Haftungsbescheides diejenigen Tatsachen vorliegen, die den Tatbestand des Strafgesetzes erfüllen. Dabei ist es gemäß der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes so, dass sich das Finanzgericht für die Feststellung einer Steuerhinterziehung nicht auf die Anwendung eines reduzierten Beweismaes oder eine Schätzung beschränken darf. Vielmehr gehen verbleibende Zweifel nach den Regeln der Feststellungslast zulasten des Finanzamtes.

Damit bestätigte der Bundesfinanzhof die Auffassung des Landgerichts, dass allein die Tatsache des anonymen Kapitaltransfers in einer bestimmten Anzahl von Fällen und in einer bestimmten Höhe keinen sicheren Schluss darauf zulasse, dass die nicht enttarnten Bankkunden Steuern hinterzogen haben. Die fehlende Überzeugung des Gerichts ging zu Lasten des Finanzamtes.

Insbesondere durfte die fehlende Überzeugung nicht durch Wahrscheinlichkeitsurteile ersetzt werden. Denn dies hätte zu einer weitreichenden Feststellungserleichterung zu Gunsten der Finanzverwaltung geführt hätte, was nach der höchstrichterlichen

Rechtsprechung nicht zulässig ist.

Der Einwand des Finanzamtes, dass zur Begründung der Haftung nach § 71 AO, ohne entsprechende einzelfallbezogene tatsächliche Feststellungen, schon eine hinreichend sichere Annahme einer Steuerhinterziehung aufgrund einer Gruppenbetrachtung ausreichte, wurde mangels gesetzlicher Grundlage - vom Bundesfinanzhof verworfen.

Denn die relevanten strafrechtlichen Begriffe setzen für die Haftung eines Teilnehmers eine grundsätzliche auch den Einzelfall bezogene Betrachtung voraus. Auch der Umstand, dass der in Anspruch genommene Bankmitarbeiter durch das ihm zur Last gelegte Verhalten die Enttarnung aktiv erschwert und zum Teil vereitelt hat, führte nach Auffassung des Bundesfinanzhofes nicht zu einer Ausweitung seiner Haftung. Denn zum einen gibt es keinen allgemeinen Erfahrungssatz, dass derjenige der Kapital anonym ins Ausland verbringt auch - zwingend - in der Steuererklärung unrichtige Angaben hinsichtlich der erzielten Erträge macht. Und zum anderen sei es nach der vom Bundesfinanzhof bestätigten Auffassung des Finanzgerichts so, dass allein die Frage der Häufigkeit der Steuerhinterziehung in der Gruppe der enttarnten Kunden bei der Prüfung einer

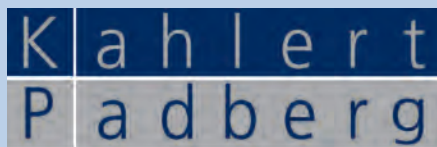
möglichen Steuerhinterziehung von nicht enttarnten Bankkunden mangels weiterer Aufklarungsmoglichkeit unberücksichtigt bleiben darf.

Folglich verlangt die Prüfung der Haftungsvoraussetzungen nach § 71 AO, tatsächliche Feststellungen, aus de-



Stefan Ortmann, LL.M.

nen sich das Vorliegen einer Steuerhinterziehung dem Grunde nach ergibt. Dies setzt in der Regel Feststellungen hinsichtlich der Zurechenbarkeit anonymisierter Kapitaltransfers ins Ausland zu bestimmten Steuerpflichtigen und dahingehende Feststellungen voraus, die die Überzeugung begründen, dass die Steuerpflichtigen in ihrer Steuererklärung keine Angaben hinsichtlich der im Ausland erzielten Erträge gemacht haben.



Rechtsanwälte | Fachanwälte | Notar